



Protokoll der 35. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. Juni 2004, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Lukas Flüeler, Jürgen Hänggi, Orla Oeri-Devereux, Paul Pfaff, Werner Spinnler, Pascal Wyss, Andreas Zbinden
Stadtrat: Ruedi Riesen

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal	04/174
Logo der Stadt Liestal - Dringliche Motion der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal; Bericht und Antrag Stadtrat ://: An den Stadtrat überwiesen.	04/174
2. Dringliche Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal	04/175
Logo der Stadt Liestal - Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal; Stellungnahme Stadtrat ://: Erledigt.	04/175
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und deren Annuitäten ://: Zur Kenntnis genommen.	04/172
4. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Bildungsreglement ://: Gemäss Anträgen der GoR genehmigt, Motion Nr. 02/111 abgeschrieben.	02/111
5. Legislaturziele 2001-2004, Bilanz ://: Zur Kenntnis genommen.	04/179
6. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Rechnung 2003 ://: Zugestimmt.	04/173
7. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Erschliessung Burgundergebiet - Mutation Zonenplan Siedlung; Mutation Strassennetzplan; Projektierungskredit ://: Zugestimmt.	04/171
8. Wahlbüro - Nominations- und Wahlverfahren für das Wahlbüro der Amtsperiode 2004-2008; Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012 ://: Mit Zusatzantrag genehmigt.	04/181
9. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten ://: Anträgen Stadtrat zugestimmt.	04/180

- | | | |
|-----|---|--------|
| 10. | Postulat von Marie-Theres Beeler und Elisabeth Augstburger für sichere Schulwege in Liestal
<i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i> | 04/177 |
| 11. | Postulat von Astrid Basler betreffend Verschiebung Termin Einwohner- rats- und Stadtratswahlen ab Jahr 2008
<i>://: Zurückgezogen.</i> | 04/165 |
| 12. | Verabschiedung der scheidenden Ratsmitglieder; Schlusswort des Präsidenten | - |

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Juni-Einwohnerratssitzung. Er weist darauf hin, dass das Regionaljournal Basel die Debatte zum Logo aufzeichne. Dies sei die letzte Sitzung der Amtsperiode und die letzte Sitzung für ihn als Ratspräsidenten.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Drei Personen - Werner Spinnler, Werner Weber und Katharina Wey - haben auf die Annahme ihrer Wahl in den Einwohnerrat verzichtet. Sie werden durch die Erstnachrückenden Adrian Mächler, Stefan Saladin und Corinne Ruesch ersetzt.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadträtin Regula Gysin informiert darüber, dass das Projekt "Streetwork Liestal/Region" am 1. Juli 2004 startet. Die Initiative dazu sei nicht wegen des Überfalls auf den Coop Pronto-Shop am Liestaler Bahnhof ergriffen worden, sondern schon längere Zeit zuvor, aufgrund der Probleme mit Jugendlichen, die im heissen Sommer 2003 besonders stark zutage getreten seien. Dabei sei es vor allem um Alkohol- und andere Drogenprobleme gegangen. "Streetwork" sei Jugendarbeit auf der Strasse. Während der Pilotphase von eineinhalb Jahren sei ein Fünfzig-Prozent-Pensum vorgesehen. Ein Mann und eine Frau würden gemeinsam diese Jugendarbeit leisten. Am Projekt seien acht umliegende Gemeinden mitbeteiligt: Arisdorf, Bubendorf, Frenkendorf, Füllinsdorf, Lausen, Lupsingen, Reigoldswil und Seltisberg.

Als **Stimmzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|-------------------------------|
| - Luzia Kilchmann | (Seite FDP) |
| - Elisabeth Augstburger | (Seite SP, Grüne/Fraumättler) |
| - Adrian Mächler | (Mitte, Büro) |

Traktandenliste

Astrid Basler (GL/Fraumättler) teilt mit, sie ziehe ihr Postulat (Nr. 04/165) betreffend Verschiebung Termin Einwohnerrats- und Stadtratswahlen zurück. Sie behalte sich aber vor, nochmals beim Kanton prüfen zu lassen, ob man das Ganze nicht auf den Herbst verschieben könnte. Sie danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführliche schriftliche Beantwortung ihres Postulats.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche (Nr. 04/183)
- Interpellation von Adolf Fluri namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau des Kantinenwegs (Nr. 04/184)
- Postulat von Adolf Fluri betreffend Liestaler Verkehrsprobleme (Nr. 04/185)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2004

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Seite 905 (Traktandum Nr. 8): Der Name Ruth Greiner (SP) wird auf *Doris Greiner (SP)* berichtigt.

- Auf Seite 911 (Traktandum Nr. 13) wird die Antwort auf Frage 2 folgendermassen berichtigt:

...das Bundesamt für Kommunikation habe bereits eine Umfrage in der Region gemacht wegen der Ausweitung der Konzession von Nordwest 5 (statt: ... man habe sich bereits beim Bundesamt für Kommunikation wegen der Ausweitung der Konzession erkundigt).

317 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Dringliche Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal (Nr.04/174)

Logo der Stadt Liestal - Dringliche Motion der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal; Bericht und Antrag Stadtrat (Nr. 04/174)

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) bittet um faire Voten zu diesem Traktandum.

Stadtpräsident Marc Lüthi (FDP) sagt, zu den Traktanden 1 und 2 habe der Stadtrat seine Meinung schriftlich bekannt gegeben. Der Stadtrat habe in den vergangenen zwei, drei Jahren zusammen mit der Verwaltung mit Engagement einen Reformprozess eingeleitet, der für die Verwaltung tiefgreifend sei. Dieser Prozess sei noch nicht beendet. In diesem Zusammenhang sei die ganze Sache mit dem Erscheinungsbild zu sehen. Der Stadtrat sei aus heutiger Sicht in der Umsetzung der Corporate Identity einen Schritt zu weit gegangen, allerdings nicht willentlich, sondern in Unkenntnis des Paragraphen 160, Absatz 3, des Gemeindegesetzes. Dafür entschuldige sich der Stadtrat nochmals in aller Form an dieser Stelle. Die Lehren daraus seien gezogen worden. Klar sei aber, dass das Geld ausgegeben sei. Deshalb sei entscheidend, wie es nun weitergehe. Der neue Stadtrat werde das Vorgehen weiter bestimmen. Wenn der Vorstoss heute überwiesen werde, müsse er vom neuen Stadtrat behandelt werden. Er wolle sich noch zu einigen Fragen äussern, die in letzter Zeit aufgetaucht seien. Zur Auswahl des Büros, welches das Logo entworfen habe: Dieses sei nach einem Verfahren ausgewählt worden, das mit einer Arbeitsvergabe im öffentlichen Bereich vergleichbar sei. Zu den Finanzen: Der Schriftzug habe etwas gekostet. Der Stadtrat sei aber von Anfang an davon ausgegangen, dass die Einführung des Logos stufenweise vor sich gehen werde. Der Betrag, wie er in der Vorlage stehe, sei sicher richtig.

Stadträtin Marliese Zimmermann (FDP) erläutert, es gehe einerseits um ein Wappen und andererseits um ein Logo. Während eines ganzen Jahrhunderts sei auf dem offiziellen Schreibpapier des Stadtrates Liestal ein Wappen gestanden. Es habe nicht immer gleich ausgesehen, sondern sei relativ oft verändert worden. Seit dem Jahr 1969 sehe es so aus, wie man es heute kenne. Es sei also seither statisch geblieben, und man höre ja auch immer wieder den Vorwurf, Liestal sei im Vergleich zu anderen Gemeinden stehen geblieben. Vielleicht käme dies hier zum Ausdruck.

Wie der Stadtpräsident gesagt habe, habe man den Auftritt gegen aussen erneuern wollen. Damit habe man die vielen Veränderungen, vor allem auch in der Verwaltung, gegen aussen spürbar machen wollen. Der Stadtrat habe sich gesagt, er wolle ein Logo, das ein Teil seines Kommunikationskonzepts sei. In einem solchen Konzept einen Aspekt beiseite zu lassen, wäre nicht gut gewesen. Deswegen habe er das Logo in Auftrag gegeben. Sie wolle jetzt auf das äussere Erscheinungsbild eingehen.

Das neue Bild drücke Bewegung aus. Es schaue nach vorne. Mit den Punkten sei auch ein Teil des Wappens übernommen worden. Im neuen Logo sei Dynamik. Auch ein junger Mensch könne sich damit identifizieren. Ein Wappen auf Briefpapier entspreche nicht mehr dem Zeitgeist. Der Stadtrat habe aber gesagt, das Wappen werde nicht abgeschafft. Es bleibe auf bestimmten offiziellen Schreiben. Wenn ein Brief an den Bundesrat geschickt werde, dann sei das Wappen drauf. Als Liestal im Internet aufgetreten sei, habe niemand dagegen protestiert, dass hier das neue Logo verwendet worden sei. Auch auf das Logo im Mitteilungsblatt „Liestal aktuell“ habe es keine Reaktion gegeben. Wenn etwas gut sei, falle es eben nicht auf. Zur Petition: Sie sei nicht so glücklich, was man den Leuten zum Unterschreiben präsentiert habe. Sie habe Mühe damit, wenn ein Wappen gegen ein Logo ausgespielt werde. Der Stadtrat sei für das Wappen, es gebe immer wieder Anlässe, an denen das Wappen verwendet werde. Aber er bekenne sich auch zu einem zeitgemässen, modernen Logo. Im Internet habe sie sich die Auftritte verschiedener Städte angeschaut. So würden

beispielsweise Olten, Solothurn, Rapperswil oder Zofingen kein Wappen, sondern ein Logo verwenden. An der Expo 02 habe es geheissen, es werde keine Schweizer Fahne gezeigt. Viele seien deshalb Sturm gelaufen. Es sei auch ohne Schweizer Fahnen eine tolle Ausstellung geworden, alle seien danach vom Auftritt begeistert gewesen. Man könne doch nicht einfach stehen bleiben, man müsse Mut zeigen. Liestal passe mit seinem neuen Signet ausgezeichnet in die Logo-Landschaft, es wirke ruhig und doch dynamisch. Sie bitte darum, das neue Logo nicht in die Wüste zu schicken.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) betont, das neue Logo sei auf heftigen Widerstand gestossen. Eine grosse Zahl von Einwohnern und Einwohnerinnen könnten keine Verbindung vom Schriftzug zu Liestal herstellen und würden ausserdem nicht verstehen, weshalb die Stadt Liestal für so etwas Geld ausbebe, wo sie es doch dringend für die Erfüllung anderer Aufgaben brauche. Das Wappen sei ein vertrautes Symbol, mit dem man sich identifizieren könne. Es brauche kein neues. Der Stadtrat lehne nun den Vorstoss in Form einer Motion ab. Der Stadtrat habe aber auch schon ähnliche Texte als Motion angenommen. Sie lehne die Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat ab. Mit ihrer Motion wolle sie den Stadtrat verpflichten, etwas zu tun, nämlich diese unnötige Übung abzubrechen. Es würden weitere Kosten anfallen, für die Beschriftung von Fahrzeugen, Drucksachen, Gebäuden und so weiter. Schon die bisher ausgegebenen rund CHF 19'000.00 seien zu viel. Ihre Fraktion fordere den Stadtrat dazu auf, ab sofort auf das neue Logo zu verzichten und alle Aktionen in diesem Zusammenhang einzustellen. Die Kommunikation könne auch mit dem bisherigen bewährten Wappen weiter verbessert werden. Sie bitte darum, die Motion für erheblich zu erklären.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält fest, Liestal sei nicht stehen geblieben, aber setze falsche Prioritäten. Die Leute müssten sich bewegen, nicht die Schriftzüge. Die Frage sei, wie weit sich der Stadtrat an einen Beschluss des Einwohnerrates zu halten habe. Die Mehrheit des Einwohnerrates habe bei einem Entscheid vor rund einem Jahr darauf hingewiesen, dass ein neues Logo momentan kein Thema sein solle. Auch würden die Folgekosten nicht genannt; dies sei entweder unprofessionell oder ein Affront. Die Einwohner interessierten sich für die Gesamtkosten. Die Antwort auf seine Interpellation befriedige nicht. Er hoffe, dass sich der Stadtrat in Zukunft wichtigeren Dingen zuwende. Die Exekutive müsse sich nicht entschuldigen, sondern Einsicht zeigen. Er schlage ein vierjähriges Moratorium in Bezug auf die Einsetzung eines neuen Logos vor. Danach könne man die Sache im normalen Budgetverfahren diskutieren. Man solle jetzt endlich einen Schlusstrich unter die Sache ziehen.

Franz Kaufmann (SP) unterstreicht, das Thema solle differenziert und möglichst sachlich diskutiert werden. Er wolle an die Diskussion um die ästhetische Komponente anknüpfen. Es könne nicht sein, dass man hier über Ästhetik diskutiere. Dies sei eine operative Angelegenheit des Stadtrates und der Verwaltung. Zum Verhalten des Stadtrates: Dieses sei ungeschickt und kritisierbar, das sei ganz klar. Das Votum von Marlies Zimmermann für etwas Zeitgemässes sei allerdings fantastisch gewesen. Vom Staatsarchiv habe er übrigens die Auskunft erhalten, dass Liestal kein Wappen abschaffen könne, das wäre Kantonsangelegenheit. Die Petition, die eingereicht worden sei, halte er für verantwortungslos. Der Einwohnerrat habe die Aufgabe, der Bevölkerung etwas zu erklären, nicht in Emotionen hineinzustecken. Dies sei ein populistischer Ansatz und bringe nur Verunsicherung. Ein vier Jahre dauerndes Moratorium halte er für zu lange. Er sei dafür, dass der neue Stadtrat eine Vorlage zu dieser Sache ausarbeite, die dann im Rat diskutiert werde. Der Überweisung der Motion wolle seine Fraktion auf keinen Fall zustimmen. Sie entspreche nicht dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates und sei auch nicht angemessen.

Hans Brodbeck (FDP) fügt an, er sei auf der Petition aufgeführt, er habe Unterschriften gesammelt. Es sei erstaunlich, wie rasch man die Unterschriften beisammen gehabt habe. Das Logo habe einen schlechten Start gehabt und würde Mühe haben, sich zu etablieren. Die Informationen von Marlies Zimmermann hätten viel früher verbreitet werden müssen. Der Stadtrat schlage eine zweigleisige Strategie vor, mit einem neuen Logo und dem alten Wappen. Dies sei verwirrend und würde viel Geld kosten. Er sei nicht grundsätzlich gegen ein

neues Logo. Ein Erscheinungsbild müsse periodisch dem Zeitgeist angepasst werden. Der Dialog mit der Basis sei bei so einer Sache aber wichtig. Die Einwohner und Einwohnerinnen müssten mit Begeisterung ja zu so etwas sagen können, das sei jetzt nicht der Fall. Er hoffe, dass der Stadtrat Grösse zeige und die Übung abbreche, damit man später einen Neustart machen könne. Er sei auch für das Moratorium.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, die Geschmäcker seien verschieden. Über die Qualität des neuen Logos wolle er sich deshalb hier nicht äussern. Er halte sich lieber an Fakten. Im Budget 2003 sei ein entsprechender Aufwandsposten klar abgelehnt worden. Dass der Stadtrat sich ermuntert gefühlt habe, die Sache in eigener Kompetenz weiterzuführen, sei ihm unverständlich. Wenn schon die Mehrheit des Einwohnerrats einem Vorhaben ablehnend gegenüberstehe, könne man keinen Beifall in der Bevölkerung erwarten. Die Zahl der Unterschriften der Petition spreche eine deutliche Sprache. Da sich der Stadtrat eindeutig über den Willen des Einwohnerrats hinweggesetzt habe, bitte er darum, der Motion zuzustimmen. Für die Zukunft wünsche er sich, dass der Stadtrat unpopuläre Entscheide des Einwohnerrats mittrage und so seinen Willen zur guten Zusammenarbeit kundtue.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) teilt mit, dass er von Franz Kaufmann im Namen der SP-Fraktion einen Antrag erhalten habe, der folgendermassen laute:
Der neue Stadtrat soll in der neuen Legislaturperiode eine separate Vorlage zum Thema "Logo" ausarbeiten und dem Einwohnerrat unterbreiten.
Seiner Meinung müsse der Stadtrat aber, wenn die Motion überwiesen werde, diese auf jeden Fall beantworten.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) hält fest, die Stadtverwaltung und der Stadtrat hätten zusammen die Kommunikation und den Informationsfluss laufend professionalisiert. Die neu aufgemachte Homepage der Stadt Liestal sei zur meist beachtetsten in der Umgebung geworden. Das Redaktionsteam habe das Mitteilungsblatt "Liestal aktuell" konzeptionell überarbeitet und frischen Wind in die alten Strukturen gebracht. Für dieses Engagement wolle ihre Fraktion herzlich danken. Die Verbesserungen in der Verwaltungsarbeit habe man auch optisch mit dem neuen Schriftzug sichtbar gemacht. Die Bevölkerung der Stadt Liestal habe sei Anfang Jahr die Gelegenheit gehabt, ihre Meinung betreffend der neuen Aufmachung kundzutun. Über einen neuen Schriftzug lasse sich natürlich gut streiten. Wie man sich damit in Szene setzen könne, habe das Theater rund um das neue Logo gezeigt. Ihre Fraktion finde, nach 35 Jahren sei es angebracht, einen neuen Schriftzug einzuführen.

Philipp Senn (SP) fügt an, er wolle etwas zum Thema Geschmack sagen. Er sei überzeugt davon, dass in früheren Zeiten auch nicht ganz Liestal darüber diskutiert habe, ob und wie man die Darstellungsweise des Wappens verändern wolle. Jetzt sei es auch nicht anders. Diese Diskussion könne man nicht an der Basis führen, sonst komme man nie zu einem neuen Logo. Der Weg dazu sei sicherlich nicht ideal verlaufen. Er frage sich allerdings, was es bedeute, wenn man die Übung abbreche und neu anfangen, ob dies nicht teurer zu stehen käme, als wenn man auf diesem Zug weiterfahren würde.

Ernst Burkhardt (SP) gibt zu bedenken, dass der Einwohnerrat drauf und dran sei, sich lächerlich zu machen, nämlich, wenn er die Motion annehme. Er verstehe, dass bestimmte Leute, die sich um die Finanzen sorgten, sich verletzt fühlten, weil der Stadtrat sie übergangen habe. Vielleicht wolle man aus dieser Verletztheit heraus jetzt sozusagen Prügel zurückgeben. Er denke, man müsse diesen Konflikt austragen. Aber letztlich würde man sich zum Gespött der Leute machen, wenn man die Motion überweisen und zum alten Logo zurückkehren würde.

Stadtpräsident Marc Lüthi dankt für die konstruktive Art, mit der das Thema behandelt worden sei. Es lägen nun zwei Anträge vor. Die Motion verpflichte den Stadtrat zum Handeln in einer bestimmten Richtung. Der Antrag von Seiten der SP verpflichte den Stadtrat, eine Vorlage vor den Einwohnerrat zu bringen. Wenn man beidem zustimme, gebe es eine Vorla

ge. Zum Betrag von CHF 19'400.00 für das neue Logo wolle er noch anmerken, dass dies zwar viel Geld sei. Man müsse den Betrag aber auch einmal in Relation zu den Gesamtausgaben der Stadt setzen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass der Antrag der SP etwas Ähnliches wie die Motion verlange, nämlich einen Bericht.

Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, der Unterschied bestehe darin, dass die Motion das umgehende Zurückziehen des Logos verlange.

://: Der Antrag von Franz Kaufmann wird mit 13 Ja gegen 16 Nein abgelehnt.

://: Die Motion wird mit 18 Ja gegen 13 Nein bei zwei Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

318 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Dringliche Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion zum neuen Logo der Stadt Liestal (Nr. 04/175)

Logo der Stadt Liestal - Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal; Stellungnahme Stadtrat (Nr. 04/175)

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) meint, die Interpellation habe sich durch die Behandlung des Traktandums 1 erledigt.

Bernhard Fröhlich (FDP) bittet den Stadtrat um die Beantwortung einer Frage. Man rede immer von CHF 19'400.00 im Zusammenhang mit dem Logo. Er würde gerne wissen, auf wieviel sich die Gesamtkosten des Projekts belaufen würden, wenn man es vollständig umsetzen würde.

Stadtpräsident Marc Lüthi (FDP) antwortet, ausser den Kosten für das Logo von CHF 19'400.00 hätten sich zum Beispiel für die Revision des Mitteilungsblattes Kosten von CHF 12'400.00 ergeben. Für das gesamte Konzept würden sich die Kosten in der Grössenordnung von CHF 70'000.00 bewegen.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, irgendwann werde man die Diskussion wieder aufnehmen. Wenn er richtig verstanden habe, würde die ganze Umsetzung des Konzepts CHF 70'000.00 kosten, gemäss dem Konzept der Werbeagentur, das der Stadtrat hoffentlich erhalten habe.

://: Somit ist die Interpellation erledigt.

319 E.2.13. Schulkreise, Schulkostenverteilung

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und deren Annuitäten (Nr. 04/172)

Die wichtigsten Gesichtspunkte im Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) lauten:

An der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2003 wurde die Rechnung 2002 (03/139) beraten. Die vorberatende Finanzkommission stellte fest, dass zwischen der Stadt und dem Kanton bei der Bewertung der Sekundarschulhäuser Differenzen bestehen und dass sich daraus ein Risiko für grössere Abschreibungen ergeben könnte (Protokoll S. 708). Auf Antrag der Finanzkommission erteilte der Einwohnerrat der GPK den Auftrag, den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und deren Annuitäten (kantonale Beiträge) zu untersuchen und z.H. des Einwohnerrates einen Bericht zu verfassen (Protokoll S. 711).

Bei den angesprochenen Sekundarschulhäusern handelt es sich um die Schulhäuser Burg, exkl. Jugendmusikschulpavillon, und um Teile der gemischten Schulanlage Frenkenbündten.

Die Geschäftsprüfungskommission setzte für die Bearbeitung dieses Geschäftes eine Subkommission ein. Diese führte mehrere Gespräche mit Vertretern des Stadtbauamtes, des Bereichs Finanzen, des Stadtrates, mit einem ehemaligen Stadtrat, mit Vertretern der Finanzkommission sowie mit der Finanzkontrolle des Kantons Basellandschaft. Die Subkommission konnte Einsicht in alle relevanten Akten nehmen. Diese Einsichtnahmen sowie die entsprechenden Gesprächsprotokolle bilden die Grundlage für den vorliegenden Bericht der GPK. Der Zeitraum der Überprüfung umfasst 10 Jahre.

Die Geschäftsprüfungskommission stellte fest, dass die Transparenz der Verbuchungen von Annuitäten und Unterhaltszahlungen durch die Aufteilung auf die zwei Sekundarschulbauten, die Sekundarschulanlage Frenkenbündten zudem noch als gemischte Anlage, erheblich erschwert wird.

Die Überprüfung erwies sich als komplex, weil sich die Mitglieder der GPK zuerst auch Fachkenntnisse im Finanzwesen aneignen mussten. Im Weiteren haben die unzutreffenden Aussagen im Revisorenbericht 2002 (Seite 13/14) die Überprüfung erschwert. In diesem Zusammenhang muss die Frage gestellt werden, ob der Auftrag an die GPK zur Überprüfung dieser Sachlage verhältnismässig war und ob nicht eher die Finanzkommission selbst eine gründliche Abklärung hätte vornehmen müssen.

Die GPK stellte fest, dass die gesetzlichen Vorgaben im allgemeinen eingehalten wurden.

Die Überprüfung hat ergeben, dass die gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Abschreibungen der Sekundarschulhäuser nur im Jahr 1999 eine leichte Unterschreitung aufweisen. In den folgenden Jahren wurde - wohl im Sinne eines Nachholbedarfs - massiv mehr abgeschrieben.

Für Amortisations- und Unterhaltszahlungen des Kantons, welche von der Stadt nicht vollständig für Abschreibungen und Unterhalt verwendet wurden, bestehen keine gesetzlichen Vorgaben. Es liegt im Ermessen der Stadt, einen Teil der Beiträge in die laufende Rechnung einfließen zu lassen.

Der Stadt erwuchs im Bereich der Sekundarschulhäuser und deren Annuitäten kein finanzieller Schaden.

Die GPK empfiehlt, im Sinne einer verbesserten Transparenz, dass die gemischte Sekundarschulanlage Frenkenbündten in die drei Kontogruppen "Sekundar", "Primar" und "Mehrzweckhalle" eingeteilt wird.

Der Antrag der GPK lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat, vom Bericht über den Sachverhalt um die Sekundarschulhäuser und deren Annuitäten Kenntnis zu nehmen.

GPK-Präsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erläutert, die GPK habe den Auftrag an der Einwohnerrats-Sitzung vom Juni 2003 erhalten. Es handle sich um ein komplexes Thema und die GPK habe sich zuerst in die Materie einarbeiten müssen. Deshalb habe es länger gedauert als vorgesehen. Die GPK habe in ihrem Bericht Wert auf Klarheit bei den ungewohnten Begriffen wie Buchwerte, Annuitäten und so weiter gelegt. Sie zeige die Abläufe beim Bau oder bei einer Sanierung von Sekundarschulanlagen auf und welche Rolle der Kanton dabei spiele. Die GPK zeige auf, welche Auswirkungen die Mehrinvestitionen bei der Sanierung der Burgschulhäuser auf die Rechnung der Stadt gehabt habe. Diese Mehrkosten, welche der Kanton nicht anerkannt habe, würden sich auf CHF 1'249'500.00 belaufen und nicht auf CHF 5 Mio., wie dies irrtümlich im Revisorenbericht aufgeführt worden sei. Die Mehrkosten seien seinerzeit vom Einwohnerrat bewilligt worden.

Die GPK habe festgestellt, dass vor 1999 keine gesetzlichen Abschreibungsvorgaben existiert hätten. Man habe allgemein zehn Prozent bei den Sachwerten amortisiert. Bei der Tabelle auf Seite 3 sehe man aber, dass die Stadt in den Jahren 1993 bis 1998 weit darunter gewesen sei. Im Jahre 1999 sei der Abschreibungssatz von 2,37 Prozent leicht unter den vorgeschriebenen 2,5 Prozent. In den Jahren 2000 bis 2002 sei klar ersichtlich, dass der vorgeschriebene Abschreibungssatz deutlich überschritten worden sei.

Eine Zahl, welche den Einwohnerrat sicher interessiere, sei im Bericht nicht aufgeführt: Der kalkulatorische Restwert des Kantons per 31.12.2002 betrage CHF 10'617'779.00. Die Differenz zum Buchwert der Stadt betrage somit noch CHF 2'702'221.00.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Peter Schäfer (FDP) stellt fest, die ganze Angelegenheit sei reichlich kompliziert. Die Gemeinde Reinach habe dies auch festgestellt. In der Vorlage sehe man unter Punkt 4, wie die grundsätzlichen Abläufe bei einem Bau der Sekundarschulhäuser sein sollten. Die gesetzlichen Grundlagen seien oft geändert worden, beispielsweise die Vorschrift der jährlichen Amortisation von 2,5 Prozent, die erst im Jahr 1999 eingeführt worden sei, und die Aufhebung der finanziellen Regelungen per 30.06.2003. Für die Zeit vom 01.07. bis 31.12.2003 sei eine regierungsrätliche Übergangslösung vorgelegen. Er wolle lediglich die Komplexität der ganzen Angelegenheit aufzeigen. Der Kanton zahle der Gemeinde Unterhaltsbeiträge für den allgemeinen Unterhalt, die Wartung, Heizkosten sowie für Anschaffung und Unterhalt des Schulmobiliars. Der Kanton zahle auch die Verzinsung der von der Gemeinde vorfinanzierten Investitionen sowie Amortisation. Ausser der Vorschrift der jährlichen Abschreibung von 2,5 Prozent sei die Stadt relativ frei darin, wie sie mit den Mitteln umgehe, die sie vom Kanton erhalte. Liestal habe dies ausgenützt. Mit Ausnahme eines Budgetierungsfehlers im Jahr 2002 und der leichten Unterschreitung der Abschreibung 1999, die später aber wieder gutgemacht worden sei, sei der Stadt nichts vorzuwerfen. Vor allem sei der Stadt kein Schaden entstanden. Die FDP-Fraktion sei für Kenntnisnahme des Berichts.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) stimmt darin zu, dass die Finanzierung der Sekundarschulbauten in mehrfacher Hinsicht verworren und unbefriedigend sei. Die Unterhaltskosten vom Kanton würden mit einem Pauschalbetrag und nicht nach Aufwand abgegolten, was zu unübersichtlichen Über- und Unterdeckungen führe. Der Kanton bestimme bei Sanierungen, welche Kosten als Wertsteigerung und welche als Unterhalt gerechnet würden; dies beschere der Gemeinde eine höhere Zinslast und höhere Abschreibungen. Durch die Integration der Sekundarschulanlagen-Rechnung in die Laufende Rechnung gehe die Übersicht längerfristig über die effektive Kosten verloren. Deshalb wäre die Führung eines eigenen Buchungskreises wie bei den Spezialfinanzierungen wesentlich transparenter. Durch die grosse Restwert-Differenz zwischen Kanton und Gemeinde bestehe über längere Zeit ein hoher Abschreibungsbedarf. Alles in allem sei der Bericht korrekt. Seine Fraktion sei für Kenntnisnahme, obwohl ein ungutes Gefühl bleibe.

Philipp Senn (SP) äussert, seine Fraktion halte den Bericht für sinnvoll und schliesse sich der Meinung der Vorredner an. Für ihn bleibe allerdings die Frage, wie es weitergehe. Niemand habe je absichtlich Fehler gemacht. Seine Fraktion beschäftige aber das Thema Abschreibungen. Die Frage sei, ob die Stadt mit einem grösseren Betrag an Abschreibungen zu rechnen habe, den sie auf einmal oder, wie erwähnt, in den nächsten Jahren bezahlen müsse.

Doris Bürgin (GL/Fraumättler) sagt, ihre Fraktion sei für Kenntnisnahme des Berichts.

Elsbeth Meier (SP) ergänzt, die Empfehlung der Einteilung in die drei Konten Sekundarschule, Primarschule und Mehrzweckhalle überzeuge ihre Fraktion auch.

://: Vom Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen.

320 E.2.C. Erziehung und Bildung, Schule - Vorschriften, Reglemente

4. Berichte des Stadtrates und der GoR betreffend Bildungsreglement (Nr. 02/111)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage folgendermassen:

Die namens der FDP-Fraktion an den Stadtrat überwiesene Motion von Adrian Mächler vom 24. September 2002 fordert die Erarbeitung eines Bildungsreglements für die Stadt Liestal (Motion Nr. 02/111). Der Stadtrat betraute eine stadträtliche Kommission, bestehend aus Stadtrat Lukas Ott (Vorsitz), Einwohnerrätin Orla Oeri-Devereux (Mitglied Kindergartenkommission), Einwohnerrat Daniel Schwörer, Markus Riederer (Schulratspräsident), Jean-Bernard Etienne (Bereichsleiter Bildung) und Rechtskonsulent Bernhard Allemann, mit den Vorarbeiten zu einem Entwurf eines Bildungsreglementes. Die Kommission hatte zur Aufgabe, den angesichts der kantonalen Erlasse vorhandenen Gestaltungsspielraum zu eruieren und zu nutzen sowie die im kommunalen Bildungsbereich vorhandenen Regelungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem höherrangigen Recht zu prüfen und - soweit sinnvoll - im Bildungsreglement zu berücksichtigen. Die Stadt Liestal ist bislang die einzige Gemeinde des Kantons Basel-Landschaft, die ein kommunales Bildungsreglement erlässt. Der nun vorliegende Entwurf zeigt, dass der Gemeinde im Bildungswesen des Kantons als Schulträgerin grundsätzlich eine wichtige Rolle zukommt, die mit der kantonalen Bildungsgesetzgebung nicht in genügendem Masse berücksichtigt wird.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das Bildungsreglement gemäss Fassung vom 11.03.2004 (Anhang) wird beschlossen.
2. Die Motion Nr. 02/111 wird als erfüllt abgeschrieben.

Die Anträge der GoR lauten:

1. § 7 Absatz 1 wie folgt zu ändern: „Der Unterricht im Kindergarten findet von Montag bis Freitag in Blöcken zu je vier Lektionen am Vormittag sowie an einem bis höchstens drei Nachmittagen zu höchstens drei Lektionen statt.“
2. die §§ 7 Absatz 2, 9 Absatz 2 und 14 Absatz 2 wie folgt zu ändern bzw. einzufügen: „Die Schulleitung legt die Einzelheiten jeweils für die Dauer eines Schuljahres fest.“
3. § 30 Absatz 1 wie folgt zu ändern: „Die Schulleitung kann zur Erreichung einer ausgewogenen Klassenbildung unter Berücksichtigung eines zumutbaren Schulwegs von der Regel der Quartierzugehörigkeit abweichen.“
4. im Übrigen das Bildungsreglement wie vom Stadtrat beantragt zu beschliessen;
5. die Motion 02/111 als erfüllt abzuschreiben.

GoR-Präsident Daniel Schwörer (FDP) legt dar, der Stadtrat habe der Kommission eine sehr ausführliche und gut gestaltete Vorlage unterbreitet. Die Exekutive habe im Vorfeld eine stadträtliche Kommission eingesetzt, um das Reglement durchzuberaten. Dieses Vorgehen sei sehr klug gewesen. Die GoR habe nur eine kurze Vorlage ausgearbeitet. Es hätte keinen Sinn gehabt, etwas zu wiederholen. Das Reglement leuchte alle Aspekte des Gestaltungsraumes aus, der den Gemeinden bleibe. Wenn der Einwohnerrat das Reglement beschliesse, dann habe Liestal damit eine transparente Darstellung, was der Gemeinde an Rege

lungsmöglichkeiten offen bleibe und wie ihre Regelungen aussehen. Er wolle drei Themen hervorheben: Erstens die Spezielle Förderung, früher Sonderschulung genannt. Das Bildungsreglement der Stadt Liestal bilde die kantonalen Vorgaben sauber ab und bezeichne, wie in Liestal die Spezielle Förderung umgesetzt werde. Der zweite Bereich sei früher von unklaren Finanzzuständigkeiten geprägt gewesen. Die Eltern hätten oft Geld für Lager, Exkursionen etc. zahlen müssen. Rechtlich seien dies Gebühren. Diese Schulgelder seien jetzt alle im Reglement sauber geregelt. Jeder Bereich, der die Eltern finanziell betreffen könne, werde genannt. Der Stadtrat habe die jeweiligen Beträge festzuschreiben. Drittens gehe es um die Erwachsenenbildung. Dieser Bereich sei jetzt schwarz auf weiss dargestellt, es sei klar, wer wofür zuständig sei. Inhaltlich habe die Stadt Lösungen getroffen, die eine Win-Win-Situation beschreiben würden, nämlich zwischen den Lehrkräften der kommunalen Schulen einerseits, die in der Erwachsenenbildung Kurse geben könnten, und der Stadt andererseits, die den Institutionen der Erwachsenenbildung Räumlichkeiten gratis zur Verfügung stelle. Die Kommission sei mit dem Reglement sehr zufrieden gewesen. Sie habe nur Detailänderungen vorgenommen. Er danke sowohl den Kommissionsmitgliedern wie auch dem Stadtrat fürs Mitarbeiten und Mitdenken.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, der Stadtrat habe ihm bereits signalisiert, dass er mit den Anträgen der GoR einverstanden sei.

Stadtrat Lukas Ott dankt der GoR für die Zusammenarbeit. Die Stadt Liestal sei neben Reinach die einzige Gemeinde, die zur Zeit über ein solches Reglement verfüge. Die Gemeinden seien Träger der Volksschulen, im kantonalen Bildungsgesetz aber nur marginal erwähnt. Ein kommunales Bildungsreglement auszuarbeiten, sei ein Stück weit Pionierarbeit gewesen. Es erfülle eine wichtige Funktion neben dem kantonalen Bildungsgesetz. Er denke, dass auch andere Gemeinden von dieser Arbeit profitieren könnten. Die Einführung der umfassenden Blockzeiten am Kindergarten und der Primarschule habe man separat diskutiert, so dass das Bildungsreglement von dieser umstrittenen Frage entlastet gewesen sei. Das Bildungsreglement sei nichts anderes als die Vollversammlung dessen, was heute schon im Bildungsbereich existiere, es werde nichts Neues eingeführt, sondern das Vorhandene werde transparent dargestellt. Deshalb habe das Reglement auch keine zusätzlichen Ausgaben zur Folge. Im § 4 stehe unter den Zusatzangeboten, was Liestal freiwillig im Bildungsbereich anbiete. Hier könne man sich rasch einen Überblick zu diesem Thema verschaffen. Der Stadtrat schliesse sich den GoR-Anträgen an.

Eintretensdebatte:

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) sagt, dass ihre Fraktion selbstverständlich auf das Geschäft eintrete. Sie danke dem Stadtrat und der GoR für das Reglement. Ihre Fraktion schliesse sich der Meinung an, dass es vollständig ausgewogen und qualitativ hochstehend sei. Über die nun existierende rechtliche Grundlage sei man sehr froh. Auf die Zusatzangebote, die es in Liestal gebe, könne man stolz sein. Ihre Fraktion sei für Zustimmung zu den Anträgen der GoR.

Paul Lüscher (FDP) hält fest, es handle sich tatsächlich um eine Pionierleistung. Endlich gebe es klare Regelungen. Er wolle einige Punkte hervorheben. Wichtig sei, dass das Ganze kostenneutral sei. Die Zuständigkeiten seien im § 29 nun klar geregelt. Auch Klassenbildung, zumutbarer Schulweg, Mittagstisch, Aufgabenhort, dies alles sei jetzt klar geregelt. Es handle sich wirklich um eine gute Leistung. Seine Fraktion stimme den Anträgen der GoR zu.

Walter Gudenrath (SP) äussert im Namen der SP-Fraktion, das Reglement schaffe Ordnung und generiere keine Mehrkosten. Ergänzend habe er eine Kleinigkeit anzubringen. Im § 18 gehe es um schulische Anlässe ausserhalb der Schule. Liestal bewillige dafür einen Kostenbeitrag. Da es um die Sekundarstufe I gehe, wäre dies allerdings Sache des Kantons; der Kanton drücke sich hier aber. Er danke dem Stadtrat, gleichzeitig gehöre der Kanton kriti

siert. Er hoffe, dass hier Ordnung geschaffen werde. Die SP-Fraktion stimme den Anträgen der GoR ebenfalls zu.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion habe für diese Vorlage auch Eintreten beschlossen. Die Vorlage sei einer Motion von Adrian Mächler von der FDP entsprungen, die erst nach langer Debatte überwiesen worden sei. Der Stadtrat habe sie zuerst nicht annehmen wollen. Umso erfreulicher sei es, dass der Stadtrat nun eine Vorlage unterbreite, die die Mitglieder seiner Fraktion vollständig befriedigen würde. Das Bildungsangebot der Stadt Liestal werde in diesem Reglement vollständig aufgezählt. Ein Aus- oder Abbau wäre nur über eine Reglementsänderung möglich. Ein Wermutstropfen sei auch für seine Fraktion der § 18, der die Kostenbeiträge an Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts in der Sekundarstufe I regle. Dieser Paragraph koste die Stadt jährlich CHF 40'000.00 zusätzlich. Dabei betreibe der Kanton diese Schulstufe. Er sollte seinen Verpflichtungen nachkommen. Seine Fraktion stimme den Anträgen der GoR zu und danke allen Beteiligten.

Adrian Mächler (FDP) stellt fest, heute seien alle vom Reglement begeistert. Damals hätten offenbar einige gedacht, die FDP habe etwas Böses im Sinn: Die Motion sei mit 22 gegen 15 Stimmen überwiesen worden. Er danke dem Stadtrat und der GoR.

Ernst Burkhardt (SP) merkt an, damals hätte man in seiner Fraktion gedacht, mit der Motion sollten die Blockzeiten abgewürgt werden. Heute sei man dankbar für das Reglement. Er gratuliere dazu.

Elsbeth Meier (SP) weist darauf hin, dass durch die Motion der Anfang Blockzeiten um ein ganzes Schuljahr verschoben worden sei. Sie erinnere daran, dass es zuerst ihr Postulat gegeben habe.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt zu bedenken, man habe seinerzeit die Motion abgelehnt, weil man kostenneutral habe bleiben wollen. Der Konsens sei da gewesen, als aufgezeigt worden sei, dass man die Kosten für die Blockzeiten wieder einsparen werde.

://: Der Antrag 1 der GoR (Änderung des § 7 Absatz 1) wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 2 der GoR (Änderung der §§ 7 Absatz 2, 9 Absatz 2 und 14 Absatz 2) wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 3 der GoR (Änderung des § 30 Absatz 1) wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 4 der GoR - im Übrigen das Bildungsreglement wie vom Stadtrat beantragt zu beschliessen - wird einstimmig angenommen.

Die Motion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

321 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

5. Legislaturziele 2001-2004, Bilanz (Nr. 04/179)

Stadtpräsident Marc Lüthi hält fest, der Stadtrat sei dazu verpflichtet, gewisse Berichte zu erstellen. Sowohl die Legislaturziele als auch die Bilanz der Legislaturziele seien eine freiwillig Leistung. Der Stadtrat erachte den Bericht auch als Bestandteil für die Erarbeitung der neuen Zielsetzungen für die nächsten vier Jahre. Verschiedene Vorarbeiten seien für den neuen Stadtrat geleistet worden, zum Beispiel die Bestandesaufnahme der Siedlungsplanung sowie die Bilanz der Legislaturplanung.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion teile mit dem Stadtrat die Meinung, dass es sich bei den Legislaturzielen um ein wichtiges Instrument handle. Der Katalog sei aber zu umfangreich aufgebaut worden. Zielsetzungen, die nur zur Hälfte erfüllt werden könnten, würden ihre Qualität als Planungsinstrument verlieren. Zur Erfüllung der Leitziele: Schwächen müssten eingestanden und ausgemerzt werden, denn das Negative werde immer stärker gewichtet als das Positive. Der Abbau der Steuerlast sei für die laufenden Aufgaben zwingend, um Mittel für die Weiterentwicklung freizubekommen. Alles in allem sei das Instrument der Legislaturziele informativ und weiterhin einsetzbar. Seine Fraktion sei für Kenntnisnahme.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, seine Fraktion habe festgestellt, dass sich mit diesem Instrument Transparenz herstellen lasse. Der Stadtrat und die Verwaltung würden ihre eigene Ziele überprüfen und bewerten. Es sei eine erhebliche Selbstkritik vorhanden. Man sehe auch die Gründe, weshalb Ziele nicht erreicht worden seien. Das Wesentliche sei die Transparenz und dass die ganze Diskussion weiterentwickelt werde. Die SP-Fraktion sehe dieses Papier nicht nur als annehmbares, sondern sogar als gutes Instrument an. Sie ermuntere den Stadtrat, es weiterzuentwickeln.

Peter Schäfer (FDP) fügt an, auch die FDP-Fraktion sehe diesen Bericht eher positiv. Die vorliegende Bilanz der Legislaturziele 2001-2004 sei ein gutes Instrument. Es präsentiere und lese sich gut. Seine Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung bestens für diese Arbeit. Die Bilanz sei genau auf die damaligen Legislaturziele abgestützt. Vergleiche seien bequem möglich. Der Stadtrat sei ehrlich darin, wo Ziele nicht oder nur teilweise erreicht seien, und würde dem neuen Stadtrat die nächsten sinnvollen Schritte mitgeben. Das Ganze sei eine saubere Arbeit. Einzelne Punkte wolle seine Fraktion innerhalb der neuen Legislaturziele diskutieren und zu Prioritäten Stellung beziehen. Seine Fraktion sei für Kenntnisnahme.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) bemerkt, auch ihre Fraktion sei froh um diese Bilanz, die ausführliche Darstellung und die transparente Zusammenstellung. Sie gebe einen Einblick in den Reflexionsprozess des Stadtrates. Man sehe, dass er seine Ziele ernst nehme. Die Bilanz sei auch ein Beweis für die zunehmende Professionalisierung der Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung. Zum Inhalt: Wertvoll erscheine ihrer Fraktion besonders, was alles zum Thema Soziales in dieser Legislatur möglich gewesen sei. Wichtig sei die Integration, wo es heisse, das Ziel sei nicht erreicht. Das Thema sei wesentlich für die Zukunft. Hinweisen wolle ihre Fraktion auch auf das Problem Verkehr. Hier seien weiterhin Aufgaben offen. Ihre Fraktion danke herzlich für die Bilanz.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) sagt, sie wolle eine kleine Ergänzung anbringen. Die Stadt habe sich zwei übergeordnete Leitziele gegeben. Es stehe in den Legislaturzielen, Liestal solle als attraktiver Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort gefördert werden. Wenn man die Bilanz lese, sei der Begriff Wirtschaftsstandort nicht mehr drin. Unter dem Kapitel Arbeit auf Seite 9 hingegen finde man einen Hinweis, nämlich, dass die Stadt ihre Anstrengungen in

der nächsten Legislaturplanung intensivieren werde. Sie begrüße diese Absicht und hoffe, dass die Stadt diesem Leitziel in den nächsten vier Jahren stärker nachleben werde.

://: Vom Bericht wird einstimmig, bei einer Enthaltung, Kenntnis genommen.

322 F.3.7.4. Rechnungsführung: Rechnungen, Nachtragskredite

**6. Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Rechnung 2003
(Nr. 04/173)**

Der Stadtrat fasst in seinem Bericht zur Rechnung 2003 die wichtigsten Fakten folgendermassen zusammen:

Die Rechnung der Stadt Liestal schliesst wiederum mit einem Defizit ab. Dieses beträgt CHF 935'000.00 (Vorjahr: CHF 1'017'000.00). Das negative Resultat ist hauptsächlich auf die einmalige Abschreibung auf dem Finanzvermögen (Liegenschaft Rathausstrasse 34) zurückzuführen. Daneben konnten wiederum Buchgewinne erzielt werden.

Defizit laufende Rechnung		CHF	-935'000	
Ausserordentliche Abschreibungen	CHF	1'639'000		
./ Buchgewinne	CHF	-787'000	CHF	852'000
Defizit (operatives Ergebnis)			<u>CHF</u>	<u>-83'000</u>

Das Budget 2003 ging von einem Defizit von CHF 530'000.00 aus, so dass die Verbesserung (ohne ausserordentliche Faktoren) CHF 447'000.00 beträgt.

Erfreulich ist, dass die mittel- und langfristige Fremdverschuldung in der Berichtsperiode um CHF 5,1 Mio. reduziert werden konnte. Diese Verminderung hat drei Ursachen: Das verbesserte operative Ergebnis, die äusserst zurückhaltende Investitionstätigkeit sowie das hohe Umlaufvermögen (Ursache: hohe Steuerrückstände im Vorjahr).

Der Vergleich zu den Budgetzahlen erweist sich im Berichtsjahr als sehr schwierig. Verantwortlich für die grossen Verschiebungen sind die Veränderungen Kanton-Gemeinde im Bereich Bildung und im Finanzausgleich. Insgesamt sind der Stadt Liestal Mehrbelastungen im Umfang von rund CHF 470'000.00 erwachsen.

Die im Finanzplan 2004-2008 aufgezeigten Massnahmen vermochten die vorliegende Rechnung erwartungsgemäss noch wenig zu beeinflussen. Die Einsparungspotentiale werden sich erst in den kommenden Abschlüssen positiv niederschlagen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Rechnung 2003 zu genehmigen.

Der Antrag der Finanzkommission lautet:

Der Antrag des SR wird unterstützt (einstimmig).

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (parteilos) berichtet, die Finanzkommission habe die Rechnung diskutiert. Die Revisionsstelle beantrage die Genehmigung der vorliegenden Rechnung. Die Fiko schliesse sich diesem Antrag an. Eine neue Firma habe die Revision erledigt. Sie habe andere Schwerpunkte gesetzt. Es hätten sich verschiedene Verbesserungspotentiale gezeigt. In einem Zusammenhang sei ein Versäumnis aufgezeigt worden. Damit liesse sich an die Diskussion um die Informatikvorlage an der letzten Sitzung anknüpfen, an der gesagt wurde, dass zuerst die Betriebsabläufe zu untersuchen seien. Wenn die Betriebsabläufe nicht gut seien, könne jedem ein solcher Fehler passieren. Solche Probleme seien

strukturell anzugehen, eine Strafaktion im Einzelfall brächte nichts. Um Strukturen gehe es auch bei der Tatsache, dass neu festzulegen sei, wie man über die finanzielle Situation der Stadt in Zukunft reden wolle. Man müsse hier eine Standardisierung hineinbringen. Budget, Rechnung und Finanzplan sollten mit demselben Schema angegangen werden.

Der Finanzierungs-Saldo betrage CHF 2,6 Mio., hauptsächlich aber dadurch, dass man Investitionen noch nicht realisiert habe, nicht aufgrund tatsächlicher Einsparungen. In Bezug auf den Finanzausgleich gehöre Liestal leider zu den "finanzstarken" Gemeinden. Bei den Steuern seien zwischen neun und zehn Millionen Franken ausstehend. Dieser Betrag sei zu reduzieren. Die Verschuldung der Einwohnerkasse betrage rund CHF 70 Mio. Die Fremdverschuldung sei reduziert worden. Im Bericht stünden dazu verschiedene Zahlen, einmal CHF 5,1 Mio., ein anderes Mal CHF 5,7 Mio. Der Finanzkommission sei es um die Frage gegangen, wie dieser Betrag gezahlt worden sei. Das, was für Laien nachvollziehbar sei, sei aufgelistet. Aber wenn man es nachrechne, fehlten für die Erklärung, wie dieser Betrag gezahlt worden sei, eine bis anderthalb Millionen Franken. Die Finanzkommission sei aber der Meinung, man müsse dieser Finanzierung nicht vertieft nachgehen, in der Hoffnung, dass man diesen Sachverhalt in Zukunft in einem einfachen, nachvollziehbaren Schema kommunizieren werde.

Die Fiko wolle noch auf einen Punkt auf Seite 5 unten zum Thema Annuitäten hinweisen. Für Wartung seien im Budget eine Einnahme von CHF 1,6 Mio. und ein Aufwand von CHF 600'000.00 angenommen worden. Effektiv seien aber nur CHF 800'000.00 eingenommen worden. Für die Fiko sei nie das Thema gewesen, ob etwas nicht rechtens sei, sondern, wie sich die Situation heute präsentiere. Die Fiko sei der Meinung, auf Seite 5 ergebe sich hier eine Differenz von CHF 2,6 Mio. Wenn nun nichts geschehe, bleibe dies an der Stadt hängen und sie werde dies abschreiben müssen.

Die Fiko danke Rainer Gloor von der Stadtverwaltung, den sie mit ihren Fragen gefordert habe, ebenso danke sie dem Stadtrat. Es hätten gute, offene Diskussion stattgefunden, und mit allem, was man in den letzten Jahren gelernt habe, sei eine Vorgabe gewachsen, mit der man in der nächsten Legislatur weitermachen könne.

Stadtpräsident Marc Lüthi macht darauf aufmerksam, dass im Bericht des Stadtrats etwas zu wenig betrachtet worden sei. Es gehe um die Bewertung des Abschlusses. Massgeblich sei die Motion Fluri. Die Frage sei immer, wie man in Bezug auf diese Motion stehe. Es gehe lediglich darum, ob die Forderungen erfüllt seien oder nicht, zwischendurch gebe es nichts. Wichtig sei, den beschrittenen Weg in irgendeiner Form weiterzuführen. Die Motion Fluri sei der Massstab, den der Einwohnerrat vorgegeben habe, darauf sei weiter aufzubauen. Zu beachten sei bei der Rechnung immer die Liquiditätsseite, denn man müsse Schulden abbauen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Philipp Senn (SP) sagt, seine Fraktion danke Peter Rohrbach für diese letzte Arbeit, die er als Fiko-Präsident ausgeführt habe. Zum Inhalt: Die neue Revisionsstelle attestiere der Rechnung die gesetzliche Richtigkeit. Das Budget sei über weite Strecken sehr gut eingehalten. Zur Angelegenheit mit den verpassten Rückforderungen der Verrechnungssteuer (*Anmerkung des Büros: gemeint ist die Vorsteuer*) wolle er festhalten, dass die angekündigten Verbesserungen hoffentlich ein Mittel seien, um solchen systematischen Fehlern inskünftig besser auf die Schliche zu kommen. Er wolle aber vor allem in die Zukunft schauen. Einen Punkt erachte er als besonders wichtig, nämlich dass die Entwicklung möglichst den Vorgaben des Finanzplanes entspreche. Auch wenn das operative Ergebnis mehr oder weniger ausgeglichen sei, wäre es falsch, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Man befinde sich aber auf dem richtigen Weg. Gut zu hören sei, dass es keine Liegenschaften mehr gebe, die ausserordentliche Abschreibungen bräuchten. Seine Fraktion sei einstimmig für die Annahme der Rechnung.

Hans Brodbeck (FDP) fügt bei, auch seine Fraktion danke der Fiko. Sorgen bereiteten ihr aber die hohen Steuerausstände. Es müsse alles unternommen werden, um diesen Betrag

zu verringern. Je älter die Ausstände seien, desto grösser sei das Risiko, dass das Geld nicht mehr hereinkomme. Die Stadt habe noch immer hohe Schulden. Seine Fraktion glaube aber dem Stadtrat, dass eine Trendwende sichtbar werde. Sie hoffe, dass der neue Stadtrat an diesem Kurs festhalten werde. Die neue Fiko und der neue Stadtrat sollten sich bewusst sein, dass die Motion 02/118 weiterhin die Messlatte darstelle. Abweichungen seien detailliert zu begründen. Es werde immer Abweichungen geben, man müsse sie aber genauer sehen, als dies jetzt der Fall sei. Das Ziel der Motion sei noch in der Ferne, es scheine aber möglich, dieses Ziel zu erreichen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit der Rechnung nicht nur die Betrachtung eines Zahlenhaufens sei, sondern gleichzeitig eine Erfolgs- und Planungskontrolle sowie eine Pendenzenbeurteilung. Positiv zu werten sei die Rückzahlung von Schulden. Der erneute Aufwandüberschuss von beinahe einer Million Franken sei aber negativ. Das Defizit beruhe zwar auf einer einmaligen Abschreibung; diese sei aber vorhersehbar gewesen. Insofern sei diese Budgetüberschreitung die Folge eines Budgetierungsfehlers. Die Schuldentrückzahlung sei zu relativieren, da bei den Investitionen durch die Budgetunterschreitung von rund CHF 1,5 Mio. ein Nachholbedarf entstehen werde. Im Übrigen könne von einer guten Einhaltung des Budgets gesprochen werden. Dies lasse auf eine bessere Ausgabendisziplin schliessen. Die Zukunftsperspektiven seien erfreulich, wenn auch noch nicht ganz rosig. Positiv sei auch der weitere Rückgang an Unterstützungsleistungen bei der Sozialhilfe. Die Steuerausstände seien andererseits noch viel zu hoch. Seine Fraktion frage sich in diesem Zusammenhang, wie es um die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton stehe. Sie sei der Meinung, dass die ausstehenden Steuern intensiver bewirtschaftet werden sollten. Erschreckend sei auch, dass bei der Revision Unterlassungen entdeckt worden seien, die eventuell finanzielle Einbussen zur Folge hätten. Insgesamt könne man jedoch von einer leichten Verbesserung der Finanzlage von Liestal ausgehen. Seine Fraktion empfehle ebenfalls die Genehmigung der Rechnung 2003.

Walter Gudenrath (SP) möchte vom Finanzchef wissen, weshalb auf Seite 2 des Fiko-Berichts, laufende Rechnung, im zweiten Absatz stehe, dass die Verzugszinsen der Anschlussgebühren Gutsmatte von CHF 159'000.00 in die Einwohnerkasse geflossen seien. Er frage sich, ob dieser Betrag nicht in die Wasserkasse gehöre.

Stadtpräsident Marc Lüthi antwortet zunächst zum Thema Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Die Vereinbarung werde gemeinsam ausgearbeitet. Es sei ein Entwurf an den Kanton gegangen, er sei bei der Steuerverwaltung in Arbeit. Liestal sei in dieser Beziehung eine Pilotgemeinde. Was die angesprochene Verzinsung betreffe, so könne der Zins laut Rechtsnormen in der Einwohnerkasse verbucht werden.

://: Die Rechnung 2003 wird mit grossem Mehr, bei einer Enthaltung, genehmigt.

323 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

7. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Erschliessung Burgundergebiet - Mutation Zonenplan Siedlung; Mutation Strassennetzplan; Projektierungskredit (Nr. 04/171)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zur Erschliessung des Burgundergebiets folgendermassen:

Das neue Erschliessungskonzept sieht oberhalb des Gymnasiums als Sammelstrasse eine Querverbindung von der Tiergartenstrasse zur Sicherternstrasse vor, die neue Talacherstrasse. Diese Strasse soll im Wesentlichen auch den Talverkehr von der Sichertern aufnehmen. Dies führt einerseits zu einer Abnahme des Verkehrs auf der Tiergartenstrasse und der Bodenackerstrasse. Andererseits wird durch den Mehrverkehr auf der Sicherternstrasse der Bau eines Trottoirs von der Bodenackerstrasse bis zur Talacherstrasse notwendig. Im Weiteren wird die bestehende Burgunderstrasse als Erschliessungsstrasse bis zur Tiergartenstrasse verlängert.

Mit einer neuen Fusswegverbindung, die zwischen den Achsen Sichertern- und Tiergartenstrasse liegt, entsteht planerisch ein sicherer und attraktiver Fussweg, der das neue Wohngebiet via Gymnasium und Rotackerschulhaus bis zum Bahnhof verbindet.

Das neue Erschliessungskonzept ermöglicht für das noch unüberbaute Wohngebiet, das bei der Burgunderstrasse der neuen Strasse angepasst und erweitert wird, eine konventionelle Überbauungsart gemäss der Zone W2.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat beschliesst die Mutation „Burgundergebiet“ zum Zonenplan Siedlung.
2. Der Einwohnerrat beschliesst die Mutation „Burgundergebiet“ zum Strassennetzplan.
3. Für die Planung und die Ausarbeitung der Bau- und Strassenlinienpläne sowie der Bauprojekte für den Ausbau der Sicherternstrasse, den Neubau Talacherstrasse und den Neubau Burgunderstrasse wird ein Projektierungskredit von CHF 110'000.00 genehmigt.

Der Antrag der Bau- und Planungskommission lautet:

Die BPK empfiehlt dem Einwohnerrat, den 3 Anträgen des Stadtrates gemäss Vorlage zuzustimmen.

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) berichtet, die BPK habe den Bericht zur Erschliessung des Burgundergebiets zugewiesen bekommen. Bei der Mutation Zonenplan Siedlung gehe es darum, dass man in dem grossen Areal oberhalb des Gymnasiums eine alte Strassenlinie der Burgunderstrasse aufheben wolle. Nach der heutigen Vorstellung sei die Strasse nicht gut gelegt. Im Weiteren plane man eine Erweiterung des Baugebiets innerhalb des Perimeters. Die eigenartige Form habe mit der Strassenlinie zu tun und auch damit, dass man bei der neuen Burgunderstrasse und der Talacherstrasse auf beiden Seiten bauen wolle. Auf dem Strassennetzplan sehe man die neue Strassenführung, wie sie der Stadtrat vorschlage. Man sehe die neue Linienführung der Burgunderstrasse, die sich den möglichen neuen Parzellen anpasse. Zu diskutieren habe vor allem die Verkehrsführung gegeben. In diesem Punkt habe es eine Teilnahme am Mitwirkungsverfahren und Einsprachen gegeben. Der Stadtrat habe mit neuen Lösungen gezeigt, wie er den besorgten Anwohnern entgegenkommen könne. Es werde aber nie möglich sein, alle Bedenken auszuräumen.

Anhand des BPK-Berichtes wolle er nun Punkt für Punkt durchgehen, was der Stadtrat zu unternehmen gedenke, damit die Verkehrsführung besser werde, als er es ursprünglich vorgesehen habe. Die Sichertnstrasse werde nicht verbreitert. Das Trottoir werde innerhalb der heutigen Verkehrsfläche gebaut. Die Strasse werde verengt und verlangsamt. Der Bergverkehr Richtung Sichertn gehe nicht über die neue Talacherstrasse, sondern weiterhin über die Sichertnstrasse. Die neue Talacherstrasse werde bis zum Fuchsweg eine Sammelstrasse, danach bis zur Baugebietsgrenze eine Erschliessungsstrasse. Der Verkehr nach Nuglar - der zwar nur rund 80 Fahrzeuge in 12 Stunden betrage - werde mit einem Fahrverbot unterbunden, und zwar auf der Höhe des Gemeindebanns. In der Vorlage des Stadtrates gibt es auch einen Fussweg. Der Stadtrat sei der Meinung, dass es eine Fusswegverbindung zwischen der Bodenacker- und der Talacherstrasse brauche und wolle trotz Opposition daran festhalten. Neu sei auch, dass die Bodenackerstrasse nach dem Bau der Talacherstrasse wieder mit Gegenverkehr geführt werden solle. Am Schluss solle das Gebiet Sichertn in eine Tempo-30-Zone umgewandelt werden.

In der Kommission habe man darüber diskutiert, ob der Stadtrat die Verkehrserschliessung richtig plane. Man habe überlegt, ob man nicht vom Oristal oder auch von einem anderen Punkt her eine neue Strasse bauen müsste. Eine solche wäre aber sehr teuer und würde mehr Verkehr ins Sichertngebiet bringen. Heute rechne man mit rund 300 Autos in 12 Stunden während des Tages. Das sei kein riesiger Verkehr. Der Verkehr nach Nuglar werde ja jetzt auch unterbunden. Während der Bauphase sei allerdings mit viel Verkehrsaufkommen zu rechnen. Um die Erschliessung planen zu können, gebe es einen dritten Antrag für einen Kredit von CHF 110'000.00. Diesen Betrag betrachte die Kommission als angemessen. Die BPK stimme allen drei Anträgen des Stadtrates einstimmig zu.

Stadtrat Heiner Karrer dankt der BPK für ihre Arbeit.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Ernst Burkhardt (SP) meint, ein Strassenbau durch ein derartiges Gebiet sei immer heikel. Manche würden davon profitieren, andere müssten Haare lassen. In diesem Fall sei eine gute Lösung gefunden worden. Die Bodenackerstrasse würde vom Verkehr entlastet. Das Gebiet, das überbaut werden solle, werde allerdings durch die neue Strasse belastet, sie ziehe Verkehr nach sich. Man habe sich gefragt, ob man nicht verdichtetes Bauen verlangen solle, in einem Ort wie Liestal, in dem Bauland rar sei. Man sei der Meinung gewesen, dass dies sinnvoll wäre. Dazu müsste man aber das Gebiet neu einzonen. Ein solcher Prozess wäre sicher umstritten und würde die Erschliessung in die Länge ziehen. Die Fraktion habe den Anträgen zugestimmt, in der Hoffnung, dass eine grösserer Investor ein Stück Land kaufen und dieses dichter überbauen könne, wie es nach Zonenplan möglich wäre. Man habe als Beispiel die Reihenhäuser am Dachsweg. Eine dichtere Bauweise würde bedeuten, dass mehr Leute in diesem Gebiet wohnen würden. Dann müsse man sich überlegen, ob die Busverbindungen nicht auszubauen seien. Die Fraktion habe sich in allen drei Punkten einstimmig für die Vorlage ausgesprochen.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) teilt mit, in ihrer Fraktion sei man sich über diese Vorlage nicht einig geworden. Einigkeit habe darüber geherrscht, dass im Zusammenhang mit der Erschliessung dieses Gebiets die Frage der Verkehrssicherheit und -beruhigung grosse Priorität haben müsse. Zum Thema Tempo 30 wolle ihre Fraktion anregen, zu überlegen, ob man Tempo 30 nicht schon während der Bauphase einführen wolle, um diese Zeit für die Anwohner und Anwohnerinnen erträglicher zu machen. Die Mehrheit der Fraktion werde den Anträgen zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) betont, der Stadtrat habe die Vorlage gut vorbereitet. In drei Phasen - Zugehen auf die Grundeigentümer, öffentliche Information, Mitwirkungsverfahren - sei dieses Geschäft optimal aufgegleist worden. Vor allem Stadtrat Heiner Karrer und dem Stadtbauamt gebührten Dank. Dass das Baugebiet oberhalb des Gymnasiums erschlossen werden solle,

sei eigentlich immer klar gewesen. Klar sei auch, dass es dadurch mehr Verkehr gebe und dieser irgendwo abfliessen müsse. Das Bauland werde entweder an einen grossen Investor oder an kleinere Abnehmer verkauft werden. Die Abparzellierung werde nach Angebot und Nachfrage stattfinden. Diese Flexibilität halte er für wichtig. Bauliche Massnahmen im Zusammenhang mit Tempo 30 sehe er als schwierig an, nicht zuletzt wegen der Hanglage. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, hier gebe es keine Rennpiste, sondern man trage Sorge zueinander. Der Gymnasialverkehr tue dem Quartier gut, die Velos und Fussgänger wirkten als natürliche Bremse. Er sei gegen künstliche Hindernisse, die nicht dienlich seien. Die FDP stimme der Vorlage zu.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, die Stadt Liestal habe die Bevölkerung dazu aufgefordert, mit Verbesserungsvorschlägen das Projekt zu unterstützen. Das Informations- und Mitwirkungsverfahren sei positiv gewesen. Man sei auf die Vorschläge der Anwohner und Anwohnerinnen im Quartier eingegangen. Es gebe gleichwohl offene Fragen, zum Beispiel zu dem grossen Umweg, den man zu Fuss oder mit dem Velo machen müsse, wenn man zum Bahnhof oder zurück wolle. Es sei auch die Frage, weshalb man in einem Tempo 30-Gebiet eine Sicherheitszone in Form eines Trottoirs brauche. Diese Fragen seien zu einem späteren Zeitpunkt aufzunehmen. Trotz offener Fragen sei man in der Fraktion überzeugt, dass ein ausgewogenes Projekt vorliege, das auch übergeordnete Interessen berücksichtige. Positiv sei auch die Tatsache, dass das heutige Profil der Sichtenstrasse nicht verändert würde und man nicht in die Gartengestaltung der Anwohner und Anwohnerinnen eingreife. Die Fraktion stimme grossmehrheitlich den Anträgen zu.

Stadtrat Heiner Karrer sagt, er freue sich, dass die letzte Vorlage, die er hier vertreten dürfe eine sei, die in die Zukunft schaue. Zu Tempo 30 sei zu sagen, dass es natürlich unsinnig wäre, zuerst eine breite, schnelle Strasse zu bauen und danach Tempo 30 einzuführen. Hier habe Liestal die Gelegenheit, grössere Strassenabschnitte von Beginn an als Tempo-30-Zone zu planen. Grosse Massnahmen seien in diesem Gebiet nicht vorgesehen. Verdichtetes Bauen habe der Stadtrat nicht vorschreiben wollen. Aufgrund des Planungsrechts könne aber sehr viel gemacht werden. Man solle auch die Möglichkeit haben, dort ein Einfamilienhaus zu bauen. Nach dieser Wohnform gebe es immer eine starke Nachfrage. Das Fahrverbot nach Nuglar sei ein schwieriges Unterfangen gewesen, aber für das Quartier wichtig. Er gratuliere, dass dies gelungen sei.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) führt an, ihr fehle bei der ganzen Diskussion eine Seite, die sie nun einbringen wolle. Die neue Verkehrsführung in diesem Gebiet würde erheblichen Mehrverkehr nach sich ziehen. Es gebe sicher mehr Verkehr, als man jetzt voraussage. Es sei nicht zu erwarten, dass viele Bewohner dieses Gebiets mit dem Velo zum Einkaufen fahren würden, wenn man an die Hanglage denke. Das Gebiet werde heute landwirtschaftlich genutzt. Es sei die letzte grössere Grünfläche an diesem Hang. Es gebe hier Magerwiesen, die für Mensch und Tier immer wichtiger würden. Der Verlust von Grünflächen sei schleichend, er gehe schnell vergessen. Auch seien Kanton und Gemeinde verpflichtet, den Bauern Land anzubieten. Die neue Verkehrsführung könne für zukünftige Projekte auf der Sichten entscheidend sein und diese zusätzlich beschleunigen. Man dürfe auch künftigen Generationen nicht alles Land verbauen. Die Wohnqualität werde durch Grünflächen hochgehalten.

://: Dem Antrag 1 wird mit grossem Mehr, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, zugestimmt.
Dem Antrag 2 wird mit grossem Mehr, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, zugestimmt.
Dem Antrag 3 wird mit grossem Mehr, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, zugestimmt.

324 A1.1.4. Allgemeine Akten: Urnen, Urnenkreis, Urnendienst

8. Wahlbüro - Nominations- und Wahlverfahren für das Wahlbüro der Amtsperiode 2004-2008; Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012 (Nr. 04/181)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Gestützt auf § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 22.09.1999 ist vom Einwohnerrat das Wahlbüro, bestehend aus 35 Mitgliedern, zu wählen.

Bedingt durch den vermehrten Einsatz technischer Hilfsmittel (Zählmaschinen, Softwareprogramm „Sesam“ für Proporzahlen etc.) verlagern sich die Hauptaufgaben des Wahlbüros zusehends auf das Hauptwahlbüro „Salzgasse“ im Rathaus. Der Stadtrat hat am 08.06.2004 entschieden, dass die Aussenwahlbüros bzw. die Wahllokale im Fraumattschulhaus, Frenkschulhaus und in der Eingliederungsstätte im Munzach-Quartier ab 01. Juli 2004 geschlossen werden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Erkenntnisse und Gegebenheiten ist vom Einwohnerrat das weitere Vorgehen bzgl. der Rekrutierung und Wahl sowie der möglichen Reorganisation/Reduktion des Wahlbüros zu beschliessen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem Vorschlag des Stadtrates bezüglich der Nomination und der Wahl des Wahlbüros für die Amtsperiode 2004-2008 gemäss Pkt. 2 „Projektbeschrieb/Lösungsvorschlag“ zu.
2. Der Stadtrat wird damit beauftragt, weitere Abklärungen und Massnahmen gemäss Pkt. 2 „Projektbeschrieb/Lösungsvorschlag“ betreffend dem Wahlorgan sowie der Reduktion des Wahlbüros ab der Amtsperiode 2008-2012 zu treffen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Adrian Mächler (FDP) sagt, das Büro des Einwohnerrats sei dafür verantwortlich, dass diese Wahlen abgewickelt werden könnten. Das Büro stütze sich aber auf die Stadtverwaltung ab und habe deshalb um Instruktionen gebeten. Die Verwaltung habe eine Vorlage geliefert, die gute Ansätze aufweise, anderes wiederum sei nicht praktikabel. Üblich sei bisher gewesen, allen bisherigen Mitgliedern schriftlich anzufragen, ob sie weiterhin im Wahlbüro tätig sein wollten oder nicht. Dieses Schreiben sei noch nicht abgeschickt worden. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass man bei den Vorschlägen der Parteien von 25 Mitgliedern auf 15 zurückgehe. Dies erscheine sinnvoll, da man später die Zahl der Mitglieder insgesamt reduzieren wolle. Man sehe auch, dass man am 30. Juni 2004 bereits die Kandidaten und Kandidatinnen haben sollte. Die Parteien müssten sich aber zuerst einigen, wie sie die Kandidierenden untereinander aufteilen wollten. Die Stadt bestimme 20 Kandidaten und Kandidatinnen selbst. Das sei in Ordnung, hingegen sei das Einreichen der Wahlvorschläge nicht praktikabel. Die FDP stelle deshalb folgenden Zusatzantrag:

Bis 12.08.2004, 17 Uhr: Einreichen der Wahlvorschläge interessierter Kandidatinnen und Kandidaten und der Parteien; bis 18.08.: Zusammenstellen der Wahlvorschläge Stadtrat (20 Personen) und Parteien (15 Personen); 18.08.: Wahl durch den Einwohnerrat, Vorlage wird an der Sitzung aufgelegt.

Den übrigen Vorschlägen des Stadtrates stimme seine Fraktion zu.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) meint, die drei Aussenwahlbüros entsprächen nicht mehr demselben Bedürfnis wie früher. Es sei sinnvoll, diese zu schliessen. Immer mehr Leute, gerade ältere Menschen, würden brieflich abstimmen. Ihre Fraktion unterstütze auch die Prüfung betreffend Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros. Sie stimme beiden Anträgen zu. Sie denke, ihre Fraktion sei mit dem Einbeziehen des Antrags von Adrian Mächler einverstanden, obwohl man sich in der Fraktion diesbezüglich nicht abgesprochen habe.

Luzia Kilchmann (SP) äussert, die SP-Fraktion stimme den Anträgen des Stadtrates zu. Der Vorschlag von Adrian Mächler erscheine ihr gut und praktikabel. Ihre Fraktion stimme dem auch zu.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) fügt an, ihre Fraktion finde die Vorschläge des Stadtrates ebenfalls gut. In Dornach habe sie Wahlurnen an den Bushaltestellen gesehen, dies halte sie für eine gute Idee.

://: Der Zusatzantrag der FDP-Fraktion zum Antrag 1 des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

://: Der Antrag 1 des Stadtrates wird, unter Einbezug des Antrages der FDP, einstimmig genehmigt.
Der Antrag 2 des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

325 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten (Nr. 04/180)

Zur Abschreibung von Motionen und Postulaten äussert sich der Stadtrat in seiner Vorlage folgendermassen:

Gestützt auf § 44 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes hat der Stadtrat dem Einwohnerrat jährlich eine Vorlage mit denjenigen Motionen und Postulaten zu unterbreiten, die seit mehr als zwei Jahren überwiesen, aber noch nicht abgeschrieben oder als immer noch nicht erledigt bezeichnet werden können.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Das Postulat von Marcel Baumann, Walter Gudenrath und Daniel Roth (Nr. 96/27) für ein koordiniertes Erschliessungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept in den Bereichen Strassenraum, Wasser und Abwasser sowie weiteren Werkleitungen (Energien, TT, TV) ist abzuschreiben.
2. Die Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion von OeWA-Zonen (Nr. 02/117); Zwischenbericht zur Motion betreffend Reduktion der OeWA-Zonen (Nr. 02/117) vom 09. September 2003 ist vorerst noch nicht abzuschreiben.

Walter Gudenrath (SP) hält fest, was den Strassenraum betreffe, sei das Postulat Nr. 96/27, noch nicht erfüllt. Er denke aber, man könne es trotzdem abschreiben. Wenn man wolle, könne man ein neues Postulat einreichen.

://: Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/SVP/EVP) fragt nach Wortmeldungen zur Motion Nr. 02/117, die noch nicht abgeschrieben werden soll.

Pascal Porchet (FDP) äussert, er wolle die Motion stehen lassen, weil bis jetzt noch keine OeWA-Zonen umgezont worden sei.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) hält fest, dass die Motion stehen gelassen wird.

326 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

10. Postulat von Marie-Theres Beeler und Elisabeth Augstburger für sichere Schulwege in Liestal (Nr. 04/177)

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, der Stadtrat sei unter gewissen Voraussetzungen bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen. Selbstverständlich sei es ihm ein Anliegen, dass Liestals Schulwege sicher seien, ebenso, dass jedes Kind sein Schulhaus zu Fuss erreichen könne. Es sei aber keine Kernaufgabe der Stadt, ein Projekt zu lancieren, um Kinder auf dem Schulweg zu begleiten. Man sei jederzeit bereit, an heiklen Punkten einen Augenschein zu nehmen und Hinweise zu geben. Man habe immer wieder versucht, Verbesserungen herbeizuführen. Zum Teil sei dies schwierig, gerade wenn es sich um Kantonsstrassen handle, bei denen die Stadt keine Befugnisse habe. Auf jeden Fall gebe es das Bedürfnis in den Quartieren, Kinder zu begleiten. Die Stadt könne hier eine Rolle spielen, indem sie die freiwillige Begleitung von Schulkindern unterstütze. Im letzten "Liestal aktuell" sei bereits ein Inserat erschienen, in dem für eine Gruppe von Kindergärtner im Radacker ein Begleitung gesucht werde. Die Stadt könne ihre guten Dienste zur Verfügung stellen, indem sie vermittele. Sie sei auch bereit, mit Freiwilligenorganisationen zusammensitzten und zu überlegen, wie man die Sache systematischer angehen könne. In diesem Sinne sei der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Marie-Theres Beeler (GL/Fraumättler) weist darauf hin, dass es in Liestal viele gefährliche Schulwege gebe. Vor allem Kindergärtner und Primarschüler seien betroffen. Die einen Kinder würden zu Fuss gehen und seien gefährdet, die anderen würden mit dem Auto gefahren. Dies erzeuge noch mehr Verkehr im Umfeld des betreffenden Schulhauses. Abgesehen von den Tempo 30-Diskussionen, die ihre Fraktion sehr unterstütze, müsse man speziell die Schulwege ins Visier nehmen, damit jedes Kind sein Schulhaus sicher zu Fuss erreichen könne. Der Pedibus sei eine Massnahme, die man erst dann ergreife, wenn es keine andere Möglichkeit gebe, den Schulweg sicherer zu gestalten. Man müsse dies dort machen, wo tatsächlich ein Bedarf vorhanden sei. Sie bitte darum, das Postulat zu unterstützen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat Lukas Ott für die Entgegennahme des Postulat. Nach den Sommerferien würden die Blockzeiten eingeführt. Dies sei ein geeigneter Zeitpunkt, um einen Pedibus anzubieten.

Daniel Schwörer (FDP) sagt, seine Fraktion unterstütze das Postulat. Man kenne die Bilder aus den USA, wo die Eltern den ganzen Tag Taxi spielten. Dies sei aus den erwähnten Gründen nicht erstrebenswert. Der Schulweg sei ein wesentliches pädagogisches Element, das zur Kindheit gehöre. Der Verkehr solle auch nicht noch mehr zunehmen. Durch das neue Bildungsreglement habe die Schulleitung nun die Kompetenz, die Schulhauszuteilung der Kinder vorzunehmen. Die Stadt habe sich damit auch eine konzeptionelle Grundlage in der Bewertung der Verkehrssicherheit gegeben. Es solle nicht die permanente Aufgabe der Stadt sein, Pedibusse zu unterhalten, sondern dort Massnahmen zu ergreifen, wo es nötig sei.

Ernst Burkhardt (SP) fügt hinzu, die SP unterstütze die Überweisung einstimmig.

://: Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

327 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Postulat von Astrid Basler betreffend Verschiebung Termin Einwohnerrats- und Stadtratswahlen ab Jahr 2008 (Nr. 04/165)

Das Postulat wurde von der Postulantin zurückgezogen (siehe Seite 927, "Traktandenliste").

328 G.2.7. Würdigungen

12. Verabschiedung der scheidenden Ratsmitglieder; Schlusswort des Präsidenten

Der scheidende Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) hält zum Ausklang der achten Amtsperiode folgende Schlussrede:

"Mir sy am Änd vom Amtsjohr und zugleich am Änd vo dr Legislatur 2000 - 2004, es blybt mir, z'danke für die villä interessante Votä und z'danke für d'Fairness, wo in dr Regel ighaltä worde isch, Dir heit mym Johresmotto 'Sport und Musik' wytgehend Folg gleichtet. Ich hoff, dr syt z'friede gsy mit miner Arbeit und düet allfällig Fehler oder Unterlassigsünde mynersyts verzeihe, gäll Adrian.

Mir hei in däm Amtsjohr ä bar wichtigi, au ä bar weniger wichtigi Entscheid troffä, dr Idealfall wär, dass die Bschlüss alli positivi Uswürkige zum Wohl vo Lieschtel hei. Dass mir nit alli Problem in eim Johr chönnä lösä, lit in dr Natur vo dr Sach, dass d'Politik ä rollendi Aglägeheit isch, muess mä zur Kenntnis neh, was hüt no aktuell isch, cha morn scho chalte Kaffi si, oder öppis, wo mä hüt überhaupt noni dradänkt, cha morn scho ä beliebts oder au ä unbeliebts Thema si.

Was mir uf dr positivä Sytä in Sinn chunnt und nit chaltä Kaffi isch: Dass mir in ärä Zyt vo Gäldmangel, jöhrlichä Defizit usw. doch nit uf ä sinnvulli Unterstützig wie für d'Bäder verzichtet hei, freut mi bsunders. Wie`s wytergoht, wird d'Zuekunft zeige, ich hoff, dass mir „am Ball“ (oder am Wasser) blybä.

Was mi uf dr negativä Sytä beschäftigt, isch diä unsägliche Situation, was mir mit dr Gwalt am Bahnhof und synä unliebsamä Begleit – und Näbäerschienigä müesse erdulda, das stellt ä riesigs gsellschaftlichs und sozials Problem dar. Dass diä jungä Lüt, wo das inszeniert hei, gfasst wordä sy, isch z'begrüssä, und ich erwart, dass sy inerä grächte Strof nit entgöngä. Aber jetz wers völlig falsch, eifach zur Tagesornig überzogh, ich hoff, dass diä igleitetä Massnahme au mit vermehrter Ibindig vo eusä Nochbergmeinde voll im positivä Sinn zum Träge chömmä. Dass mir im ä Teil vo euserä nochfolgendä Generation wieder vermehrt müessä lehrä, wa`s Astand isch, isch eusi soziali Ufgob. Do drmit will ich nit säge, dass eusi Jugend schlächter isch als mir fröhner, aber d'Gwaltsbereitschaft vom ä chlinä Teil vo derä hütige Jugend het Dimensionä agnoh, wo hüt vo dr breite Bevölkerig zu Recht nümme toleriert und nit verstandä wird!

Dr Zuefall hets wellä, dass äs am vergangenä 7. Juni grad zwei Verastaltigä zu denä Themä geh het, seinti diä Podiumsdiskussion zur Gwalt, wo im Martinshof stattfundä het, s`ander Generalversammlig vo dä Bäder in dr Aula vom Frenkeschuelhus, do han ich mi für ä Bsuech vom positiverä Anlass entschiede, und das isch eidütig d' Generalversammlig gsy.

No ä Wort zum mim persönlichä, politischä Wärdegang (mä cha däm au „Karrierä“ säge): Wo`n ich vor 8 Johr zu dä Wahlä aträte by und im Stedtli am ä sonä super Wahlkampfstand mit voller Stolz ha dörfä anästoh, chunnt dr liebi, leider verstorbäni Clique-Kolleg Dieter Brodbeck mit äm Velo näbädurä, frogt mi, was mini politischä Ziel sy, do ha`n ich ganz überascht müesse feschtschtellä, dass ich ihm gar kei rächti Antwort cha geh (gueti Vorbereitig ebä), ich ha denn öppis vo Lischtefüller gschwaflet, und dass es mir eigentlich glich isch, wenn ich nit gwehlt wird, do isch er ufs Velo gstyge, het gmeint: „ in däm Fall hesch mi Stimm nit“ , und isch drfo gfare. Nach ä bar Wuche isch denn für my d'Überraschig gross gsy, dass ich trotz dr fehlendä Stimm vom Dieter diräkt gwehlt wordä bi.

Früner wuste ich gaar niechth, wi maan „Einwooneraath“ schreibdt, heute bin ich einen...

Dass ich in derä Legislatur nach dr Carla Dössegger, im Fabia Schild und dr Debora Keller als einzige Vertreter vom männliche Gschlächt Euch ha dörfä vorstoh, do druf bin y au ä bizli stolz.

Ich säg Adieu, denä wo hüt s`letschtmol in däm Saal sy, und das sin Doris Bürgin, Ernst Bürgin, Adolf Fluri, Paul Lüscher, Ueli Martin, Elsbeth Meier, Daniel Schwörer, Rolf Senn und Werner Weber. Ä persönli Verabschiedig wird no im gschlossene Kreis am Schlussässe in dr Schützestube vo dä Fraktionä vorgnoh. Ich säg uf Wiederluege denä, wo wytermache, und das zellt au für ä Peter Rohrbach, wo d`Sytä wechslet, und äs zellt au für diä, wo als Nochrückendi dereinscht wieder in Eusem Kreis erschienä, ich säg scho jetz Grüessi denä, wo neu in däm Root platz nämme, und wünsch ä guetä Start.

Ich dank au im gsamte Stadtrat für diä ufopferndi Arbeit, ich dank, äs brucht öpä nämol ä dicks Fäll, um gwüssi Begebäheitä z`verchraftä.

Im Marlies Zimmermann wünsch ich ä guete Wechsel in neu gschaffene Bürgerrot, wo Sie wird präsiere, adieu Marc, adieu Werner und adieu Heiner, s`Läbä goht au ohni das verantwortigsvollä Amt wyter, ich wünsch Euch ä weniger hektischi Zyt.

Ich säg danke myne Bürokolleginnä und – Kollege, mym früenerä Sekretär Martin Schneider und myner aktuellä Sekretärin Beate Kogon für diä kompetänti Arbeit und grossartigi Unterstützung, ohni diä wers nit ganz so eifach gsi, d`Sitzigä guet vorzbereitä und z`leitä. Äs chönnä nit alli Ywohnerrotspräsidentä sägä, dass sy zwöi vo derä Sortä verbrucht hei.

Mym Vizepräsident Walter Gudenrath wünsch ich für`s kommende Johr alles Gueti, wünsch ihm ä guets Fingerspitzgefühl für diä kommendi Zyt. Und jetz isch definitiv gnueg gredet, mir gseye Eus in der Schützestube zum wohlverdiente Schlussässe. Dr Apéro, zu däm ich Euch hätzlich ylad, findet z`mits in dr Rothusstross in dr Gartäwirtschaft statt."

Schluss der Sitzung: 19.40 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon